

Beschlüsse der 42. Beiratssitzung
vom 29. Januar 2019

*

Tagesordnungspunkt:

Vorstellung der Ergebnisse der Lärmmessung am Übergangwohnheim „Am Rastplatz“

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat nimmt das Gutachten zur Kenntnis und bewertet die Lärmbelastung auch unter der Berücksichtigung von Kinderlärm etc. als grenzwertig bzw. in den Abendstunden als überschritten. Er erwartet, dass die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport in Zusammenarbeit mit der Inneren Mission weitere Lösungen, sowohl baulicher Art sowie durch Einwirken auf das Bewohnerverhalten, prüft und umsetzt. Die nachfolgend genannten Vorschläge der Polizei sind ebenfalls aufzunehmen:

- Dokumentation der Ereignisse und den genauen Verlauf der polizeilichen Maßnahme (überwiegend ESD-Lesum)
- Teilnahme an regelmäßigen Treffen – Runden Tisch – mit der neuen Heimleitung und anderen Akteuren
- Forderung nach einer Hausordnung mit Verbindlichkeiten für Hausbewohner – Information an alle Hausbewohner. Probleme darstellen
- Nacharbeitung der Ereignisse durch Beamte vom Revier Lesum

Die Betreuung durch die Innere Mission muss auch in den Abendstunden bzw. an den Wochenenden gewährleistet sein und damit im Umfang insgesamt erhöht werden. Durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sind die dafür notwendigen Mittel bereit zu stellen. Die Ergebnisse sind bei einem weiteren „Runden Tisch“ den Beteiligten zu erläutern.

Tagesordnungspunkt:

Ergänzende Stellungnahme des Beirates als Träger öffentlicher Belange zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 107

Beschluss (11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen):

Zu der bereits abgegebenen Stellungnahme des Beirates Burglesum als Träger öffentlicher Belange zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 107 vom 23.10.2018 fordert der Beirat ergänzend die Prüfung der Herstellung von weiteren Stellplätzen pro Wohneinheit und damit eine rechtlich mögliche Abweichung vom Stellplatzortsgesetz.

Eine Abweichung ist unter der Berücksichtigung besonderer Umstände möglich. Diese liegen nach Auffassung des Beirates vor, da das Plangebiet nicht in Zentrumsnähe liegt, sondern vielmehr in einer Randlage. Darüber hinaus richten sich die einzelnen Wohneinheiten an zumeist junge Familien.

Bereits an anderer Stelle, war erkennbar, dass diese Zielgruppe einen hohen Mobilitätsbedarf hat, der in dieser Lage mit dem vorhandenen ÖPNV nicht gedeckt werden kann und entsprechend von mehr als einem Pkw pro Wohneinheit ausgegangen werden muss. So herrscht zum Beispiel im Lesum Park aufgrund der geringen Anzahl von Pflichtstellplätzen schon jetzt ein Parkplatzmangel im öffentlichen Raum, obwohl die Baumaßnahmen zum Wohnungsbau noch nicht abgeschlossen sind. Daraus resultieren Beschwerden von Anwohner*innen über zugeparkte Flächen und eine Vielzahl von Parkverstößen, wie das Parken im Halteverbot etc.

Ferner ist festzuhalten, dass das Plangebiet grundsätzlich über ausreichenden Platz zur Errichtung weiterer Stellplätze verfügt – anders als in Ballungsgebieten.

Eine Aufstockung der Stellplätze für das neue Baugebiet sorgt für eine Entspannung des schon jetzt nicht ausreichenden öffentlichen Parkraums, sowohl im Plangebiet, als auch in den umliegenden Straßen.

Tagesordnungspunkt:

Nachwahlen in den Ausschüssen

**Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus
(Vorschlagsrecht FDP)**

Beschluss:

Frau Agnes Müller-Lang wurde einstimmig gewählt.

**Ausschuss für Umwelt und Kultur
(Vorschlagsrecht SPD)**

Beschluss:

Herr Reinhard Hennig wurde einstimmig gewählt.